

Hilfe, wir können nicht schwimmen!

Alle nicht vereinsgeführten Hallenbäder geschlossen - Im Dortmunder Norden kein Bad geöffnet

Die Horrormeldungen mit Blick auf unsere Schwimmbäder reisen nicht ab. Fast alle Bäder in Dortmund sind marode und haben Sanierungsbedarf, der seit vielen Jahren bekannt ist. Fehlendes Personal hat nun dazu geführt, dass alle nicht vereinsgeführten Hallenbäder geschlossen wurden, damit wenigstens die verbliebenen Freibäder offengehalten werden können.

In einem Papier der Stadtverwaltung heißt es allerdings, „dass auch der Betrieb der Freibäder nicht mehr gesichert ist“.

Im Dortmunder Norden haben die Familien und ihre Kinder in diesem Sommer keine Möglichkeit, baden zu gehen oder schwimmen zu lernen. Nach dem Freibad Stockheide im Hoeschpark bleibt auch das Hardenbergbad in Deusen geschlossen. Das Nordbad im Keuninghaus ist marode und soll noch vor den Sommerferien zugemacht werden. Der Kanal ist keine Alternative. Das Wasser ist belastet, das Springen in den Kanal

Von Wera Richter

gefährlich und das Baden darin nicht sicher. Immer mehr Kinder können nicht schwimmen – sie brauchen Schwimmunterricht und eine Badeaufsicht!

Wie konnte es soweit kommen?

Schwimmbäder und Sportstätten sind nicht gewinnbringend. Im Gegenteil, Betrieb und Instandhaltung kosten Geld. Geld, das die Stadt nicht hat. Die Kommunen wurden in den letzten Jahrzehnten planmäßig in den Ruin getrieben, zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge privatisiert oder eingespart. Heute gilt: Wo alles in Krieg gesteckt wird, bleibt nichts für die Kommunen (siehe auch auf Seite 2 den Artikel „Das gibt es nicht für lau“).

In Dortmund begann die Privatisierung der Bäder vor 20 Jahren – mit den üblichen Folgen: Keine Instandhaltung, schlechte Arbeitsbedingungen, hohe Eintrittspreise.

Heute sind nur noch drei von 18 Bädern in öffentlicher Hand. Der Großteil gehörte der „Sportwelt Dortmund“. Jetzt, wo

die Bäder kaputt sind, wird sie aufgelöst. Es beginnt eine Debatte, wer die kaputten Bäder übernehmen soll. Sanierung und Neubau werden Jahre dauern.

Für unsere Freizeit und Gesundheit!

Schwimmbäder und Sportanlagen sind notwendig für unsere Gesundheit, unsere Freizeit und damit Kinder schwimmen lernen! Die Bäder müssen zurück an die Stadt!

Das hilft aber nur, wenn die Kommunen nicht länger ausgeblutet werden. Sie brauchen ausreichend Geld, um die Daseinsvorsorge finanzieren zu können. Die Stadt rechnet mit einem Sanierungsbedarf von etwa 146 Millionen Euro für alle Dortmunder Bäder.

Geld ist genug da. Irre Summen werden für Rüstung und Krieg ausgegeben. Mit dem Geld für 7 Leopard-Panzer könnten alle Dortmunder Bäder saniert werden. Mit dem Geld für einen Panzer ließe sich der Neubau des Nordbads realisieren.

Schluss mit der Profitlogik - Rüstung runter – Soziales rauf!



Am 21. Juni demonstrierten in Dortmund zwischen 600 und 1 000 Menschen gegen den Völkermord an den Palästinensern. Auch DKP, SDAJ und Dortmunder Friedensforum beteiligten sich. Unser Foto zeigt ein Transparent des Dortmunder Friedensforums.



Auf ein Wort ...

Der Staat läuft sich warm

Udo Stunz,
Stadtteilguppe West
der DKP Dortmund

Für den fortschreitenden reaktionär-militaristischen Staatsumbau sind die Auflagen der Polizei für Solidaritätskundgebungen mit dem palästinensischen Volk und gegen den Völkermord Israels in Gaza ein äußeres Anzeichen. So wurden vor Beginn der Solidaritätsdemo für Palästina am 21.6.25 in Dortmund unter Polizeiaufsicht den Demoteilnehmern vorgelesen, welche Parolen, Zeichen, Flaggen, Lieder usw. bei Strafandrohung verboten sind.

Niemand sollte sich der Illusion hingeben, dass die Einschränkungen von demokratischen Rechten auf propalästinensische Aktionen beschränkt sind. So erließ die Polizei in

Berlin schikanöse Auflagen für das Gedenken an die Befreiung vom Faschismus am 8. und 9. Mai 2025. Verboten waren russische und sowjetische Fahnen und Symbole, Lieder aus dem Großen Vaterländischen Krieg wie »Der heilige Krieg«, orange-schwarze Sankt-Georgs-Bänder, historische Uniformen sowie die Buchstaben V und Z.

Unter dem Stichwort »Zeitenwende im Gesundheitswesen« wird die Militarisierung des Gesundheitswesens forciert. Im "Grünbuch Zivilmilitärische Zusammenarbeit 4.0" heißt es, dass die Bevölkerung im Kriegsfall den Nachrang hinter Soldatinnen und Soldaten haben, also sterben müsse. Hierfür bräuchte es eine entsprechende Kommunikationsstrategie. Das ist die beschönigende Umschreibung dafür, dass der Widerstand der Bevölkerung gegen die Übernahme des Gesundheitswesens durch das Militär durch "robusten" Polizeieinsatz gebrochen werden müsse.

Der Staat läuft sich warm, um für die angestrebte Kriegsfähigkeit gegen jede Antikriegsopposition vorgehen zu können. Bezeichnend, dass die vermeintlich vierte Gewalt dabei weitgehend sekundiert.

OB-Kandidaten zur Kommunalwahl versprechen viel

Das gibt es nicht für lau

Von Udo Stunz

Ein Dutzend Kandidatinnen und Kandidaten bewerben sich bei der Kommunalwahl in Dortmund am 14.09.25 um das Amt des Oberbürgermeisters. Wie bei solchen Anlässen üblich versprechen sie, erkennbare Mängel in der Stadt im Falle ihrer Wahl zu beseitigen.

Das reicht von mehr bezahlbaren Wohnungen, mehr Kitas über mehr Sicherheit (nein, nicht die soziale!) und Sauberkeit bis zu mehr Abschiebungen und bessere Bedingungen für "die Wirtschaft" (meint: höhere Profite).

Doch zu einem der drängendsten Probleme - der finanziellen Misere der Stadt - sagen die Kandidatinnen und Kandidaten nichts. Denn zu entscheiden gibt es vor Ort nicht mehr viel. Die kommunale Selbstverwaltung ist praktisch tot.

Ausgehöhlt von einer langanhaltenden strukturellen Unterfinanzierung der Gemeinden, die keinen Gestaltungsspielraum mehr lässt und aktuell massiv verschärft durch die Auswirkungen des Wirtschaftskriegs gegen Russland und die horrenden Ausgaben für Krieg und Hochrüstung.

Die kommunalen Kassen sind leer. Auch die in Dortmund. Im vergangenen Jahr haben die Gemeinden ein Rekord-Minus von mehr als 24 Milliarden Euro eingefahren.

Dieses Defizit müssen wir alle ausbaden: mit dem Kahlschlag bei sozialen Angeboten, mit Kürzungen bei der Kultur, beim Sport, bei der Jugend. Wir zahlen mit steigenden Mieten und Nebenkosten, mit einem schlechter und teurer werdenden Öffentlichen Nahverkehr. Und mit einer verfallenden Infrastruktur sind nicht nur einstürzende Brücken, sondern auch unbenutzbare Schultoiletten, sanierungsbedürftige Schwimmbäder und völlig unterfinanzierte Krankenhäuser und Pflegeheime gemeint.

Verschärft wird die Lage der Gemeinden wegen der angekündigten Steuersenkungen für Unternehmen. Dadurch wird mit der Gewerbesteuer eine der Haupteinnahmen der Stadt erheblich schrumpfen. Ausgleichszahlungen? Bisher Fehlangeize.

Bei den anstehenden Schauveranstaltungen mit den OB-Kandidatinnen und -Kandidaten ist doch die Frage zu stellen, wie die Bewerberinnen und Bewerber die finanzielle Misere der Stadt beheben wollen.



„Die Panzer sollen rollen“

Von Ulrich Sander

Nach Informationen der „Financial Times“ hat Putin kürzlich einen Vorschlag zum Friedensschluss unterbreitet. Und zwar mit diesen Details: # Vorübergehende Waffenruhe an der Frontlinie, # Verzicht auf Teile der von Russland besetzten Regionen, # dafür müsse die USA völkerrechtlich anerkennen, dass die Halbinsel Krim seit 2014 russisches Staatsgebiet ist; # darüber hinaus müsse sich die Ukraine vom Ziel verabschieden, Mitglied der NATO zu werden.

Hat man diese Information den Ruhr-Nachrichten entnehmen können? Nein, dort heißt es, Putin will nicht verhandeln und seinen Krieg in einen Krieg gegen die Nato-Staaten einmünden lassen, weshalb gerüstet werden muss auf Teufel komm raus.

Vor 57 Jahren hatten viel Leute eine Hetze wie diese satt und forderten „Enteignet Springer“. Doch dieser höhnte: Es komme die Zeit, da in jeder Großstadt nur eine einzige Zeitung erscheine. Das trat leider ein – und in Dortmund sind dies die RuhrNachrichten, die als CDU-Blatt gegründet wurden und sich heute immer noch so gebärden.

Bereits die Kinder werden der Kriegspropaganda ausgesetzt: "Gemeinsam Gegner abschrecken", Kinderseite der RN vom 24. Juni 25; Schlagzeile auf Seite 1 am 16. Juni 25: "Brauchen die Wehrpflicht"; am 18. Juni 25: "Die Bundeswehr konventionell zur stärksten Armee Europas umbauen". Weitere Kostproben aus der Reihe der Schlagzeilen: "Die Panzer müssen rollen", RN 25. 04. 25; "Trainieren für den Ernstfall", RN 24. 04. 25; "Kein Frieden um jeden Preis" (Militärbischof Overbeck), RN 17. 04. 25, "Ohne Aufrüstung geht es nicht", RN 12.04.25: "Panzer statt Autos", RN 29. 03. 25.

Eine derartige Kriegspropaganda beunruhigte so manche Leser der RuhrNachrichten. Doch Leserbriefe für den Frieden wurden nicht veröffentlicht. Die alltägliche Kriegshysterie in vielen deutschen Medien, einschließlich der des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der einzigen Tageszeitung mit Lokalteil in Dortmund, ist vielen schier unerträglich.

Ich wagte zu widersprechen. Hier der Text meines nicht veröffentlichten Le-

serbriefs vom 24. April 2025 an die RuhrNachrichten:

"Wenn das der Führer noch erlebt hätte. 80 Jahre nach dem 8. Mai 1945 stehen wieder 1 600 kriegstüchtige deutsche Soldaten mit einer Unmenge von Panzern auf dem Gebiet der einstigen UdSSR. Sie sind Partner von baltischen Soldaten, welche die Russen verteufeln, wie Sie berichten (im 'Thema des Tages' vom 24. April, über den 'Ernstfall').

Gibt es einen berechtigten Grund dafür? Ein Staatssekretär erklärte: 'Äußerungen des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, wonach eine Wiederherstellung der Sowjetunion beabsichtigt werde, sind der Bundesregierung nicht bekannt.' Und die Bedrohungsanalyse der amerikanischen Geheimdienste besagt: 'Russland will mit ziemlicher Sicherheit keinen direkten militärischen Konflikt mit den Streitkräften der USA und der Nato.'"

Warum also die ständige Kriegshysterie in Medien und Politik? Um die gewaltigen schwarz-roten Rüstungsausgaben zu begründen!

Es folgten noch viele vergebliche Leserbriefversuche. Die Briefe wurden nicht abgedruckt. Wie auch alle nicht der Linie des Blattes entsprechenden Zuschriften. Pressefreiheit haben die Besitzer der Medien, nicht die diejenigen, die ihnen ausgesetzt sind. "Heiße Eisen" und "Unsere Zeit" versuchen, einen Ausgleich zu schaffen.

KURZ & BÜNDIG

Weiterhin schlechte Radfahr-Bedingungen in Dortmund

Beim aktuellen Fahrradklimatest des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) hat Dortmund erneut schlechte Noten bekommen. Mit der Bewertung 4,30 hat sich die Note gegenüber der Auswertung aus dem Jahr 2022 sogar noch leicht verschlechtert. Im Städteranking landet Dortmund unter den Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern auf dem drittletzten Platz - auf Platz 13 von 15. Schlechter schneiden nur Essen und Duisburg ab.

Anzahl von Sirenen stark erhöht

Nach Angaben NRW-Innenministeriums umfasst das Netz von Sirenen aktuell etwa 6 350 landesweit. Allein in diesem Jahr seien rund 150 Sirenen hinzugekommen. Im Vergleich zum aktuellen Stand gab es im Jahr 2017 in NRW nur rund 4 250 Sirenen. Dass ihre Anzahl nun rapide gesteigert wird, ist ein Zeichen für Militarisierung und Kriegsvorbereitung. Bis 1990 gab es auf dem Hintergrund des Kalten Krieges ein flächendes Netz an Sirenen, was jetzt wieder angestrebt wird.

Parteitag der DKP erfolgreich

Am 21. und 22. Juni tagte in Frankfurt am Main der 26. Parteitag der DKP. Mehr als 50 Grußschreiben von Schwesterparteien aus aller Welt erreichten die 170 Delegierten. George Rashmawi, Sprecher der Palästinensischen Gemeinde Deutschland, Mónica Rodríguez Sánchez, Leiterin der Außenstelle Bonn der kubanischen Botschaft, und Vu Quang Minh, Botschafter der Sozialistischen Republik Vietnam sprachen als Gäste zu den Delegierten. Der Leitantrag des Parteivorstands für die kommenden 4 Jahre wurde fast einstimmig (4 Enthaltungen) angenommen.

(Siehe auch untenstehendes Foto)



Am Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni setzte der Parteitag der DKP ein Zeichen gegen Kriegstüchtigkeit, für Frieden mit Russland und China.

Er kommt wieder mal: Der Russe!

Warum muss bald die Hälfte des Bundeshaushalts für Verteidigung ausgegeben und die Wehrpflicht eingeführt werden? Regierung, Medien und Rüstungsindustrie klären uns auf:



**Zeitung der DKP:
Kommunistische
Standpunkte,
marxistische Analysen
Woche für Woche!**

6 Wochen Probeabo
Zeitung und Online-
Ausgabe > gratis

**Das 6-Wochen-
Probe-Abo endet
automatisch.
Dabei entstehen für
Sie keine weiteren
Verpflichtungen!**

CommPress Verlag
Carol Schröder
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201 177889-15
(14h-18h)
Fax: 0201 177889-28
E-Mail: abo@unsere-zeit.de

Das Zitat

*„Das ist die
Drecksarbeit,
die Israel macht
- für uns alle“*

Friedrich Merz,
Bundeskanzler

TERMINE

der DKP-Gruppen

- > Jeden letzten Donnerstag im Monat (i.d. Regel) findet um 19h im Z** eine **Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.
- > Jeden 4. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Z.
- > Jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West ***
- > Jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19.00 Uhr trifft sich die **DKP Gruppe Nord-Süd im Z****

* Der Versammlungsort der Stadtteilgruppen West ist zu erfragen unter: > [info\[at\]dkp-dortmund.de](mailto:info[at]dkp-dortmund.de)

** Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)

Kanzler Merz und die „Drecksarbeit“ gegen den Iran

Nach wie vor demonstriert das Dortmunder Friedensforum jeden Mittwoch gegen Militarisierung und Kriegspolitik, gegen den Völkermord in Gaza und Israels Krieg in Nahost. Im Folgenden Auszüge aus einer Rede, die auf der Mahnwache am 25. Juni gehalten wurde:

Am vergangenen Wochenendende haben auch die USA in den Krieg gegen den Iran eingegriffen. Verschiedene Anlagen des iranischen Atomprogramms wurden mit schweren bunkerbrechenden Bomben angegriffen. (...)

Israel greift den Iran bereits seit über einer Woche Tag für Tag an. Und zwar nicht nur Anlagen, die mit dem iranischen Nuklearprogramm zu tun haben, sondern auch Wohngebiete und zum Beispiel Radio- und Fernsehsender. Gezielte Mordaktionen gab es gegen Wissenschaftler, die man verdächtigte, am Atomprogramm mitzuwirken, sowie gegen Kommandeure der Armee und der Revolutionsgarden. In einigen dieser Fälle wurden ganze Familien umgebracht. Gezielte Mordtaten hatte Israel bekanntlich in den letzten Monaten auch im Libanon, im Jemen und in Syrien begangen, zusätzlich zu den Blutbädern in der Zivilbevölkerung durch Bombenangriffe. Alles das sind verbrecherische und eindeutig völkerrechtswidrige Aggressionen und Terrorakte. (...)

Bundeskanzler Merz hat das Vorgehen der USA und Israels ausdrücklich begrüßt: "Es gibt für uns - und auch für mich persönlich - keinen Grund, das zu kritisieren, was Israel vor einer Woche begonnen hat. Und es gibt auch keinen Grund, das zu kritisieren, was Amerika am letzten Wochenendende getan hat". Das sagte er kürzlich auf der Tagung des Wirtschaftsverbandes BDI. Ähnlich hat sich auch Kriegsertüchtigungsminister Boris Pistorius geäußert. Kanzler Merz hatte ja bereits vor einer Woche in einer skandalösen Wortwahl Israel dafür gedankt, dass es für uns die „Drecksarbeit“ mache.

Die Bundesregierung unterstützt mit ihrer Haltung wissentlich eine brandgefährliche Eskalationspirale, die die bereits schwelende Gefahr eines Weltkriegs weiter verstärkt.

Kontakt zur DKP

- ☐ mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- ☐ Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- ☐ Mitglied werden

Name
Straße
PLZ/Ort
E-Mail

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an DKP Dortmund, Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund; oder E-Mail an Info@dkp.dortmund.de

Spendet für die Kommunistische Partei

Auch kleine Beiträge helfen weiter!
Sparkasse Dortmund
IBAN: DE 49 4405 0199 0142 0684 51
Stichwort Spende

Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o
Deutsche Kommunistische
Partei

Oesterholzstr. 27,
44145 Dort-mund,
Info@dkp.dortmund.de
www.dkp-dortmund.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
01.07.2025

V.i.S.d.P.: Dave Varghese

Deutsche
Kommunistische
Partei



DKP
DORTMUND